

Bericht

des Finanzüberwachungs- und Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 17 der Beilagen 1.S.16.GP) betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2017

Der Finanzüberwachungs- und der Finanzausschuss haben sich in der Sitzung vom 26. September 2018 mit der Vorlage befasst.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl gibt in einer ausführlichen Stellungnahme einen Überblick zu den Ergebnissen des Rechnungsabschlusses 2017. Mit rund € 2,9 Mrd. im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt sei das Volumen etwas geringer als in den Jahren davor. Deutlich verbessert habe sich die Treffsicherheit des Budgets. Dies sei auf das stetige Bemühen der Abteilungen sowie der gesamten Landesregierung zurückzuführen. Erfreulich sei die deutliche Reduktion des Schuldenstandes, die auch 2017 fortgesetzt worden sei, was auch in der geringeren Zinsbelastung zum Ausdruck komme. Insgesamt sei es gelungen, in den vergangenen fünf Jahren den Schuldenstand um etwa € 500 Mio. zu reduzieren. Der Budgetvollzug 2017 sei insgesamt gut verlaufen. Auf dieser Basis werde man weiterarbeiten. Die Anregungen des Rechnungshofes werde man ernst nehmen. Aufgenommen worden sei etwa die Anregung hinsichtlich der zeitlichen Zuordnung von Buchungen, die nachträglich noch umgesetzt worden sei. Begrüßt werde die Anregung, die Beteiligungsgesellschaften des Landes irgendwann einmal in das Gesamtrechnenwerk einzubeziehen. Es sei ein entsprechendes Projekt aufgesetzt worden, um alle Beteiligungen nach einer Richtlinie auszurichten und zu ordnen. Auf dieser Basis werde es dann auch möglich sein, diese Gesellschaften in das Rechnenwerk einzubauen. Voraussetzung sei jedoch der vollständige Abschluss der Implementierung der Doppik. Die ersten Runden der Budgetverhandlungen für 2019 und die Folgejahre hätten gezeigt, dass es sehr schwierig sei, den Stabilitätspakt einzuhalten. Dies sei jedoch nicht nur auf Salzburg beschränkt, sondern betreffe auch die anderen Bundesländer und auch der Bund hätte entsprechende Probleme. Man müsse allerdings alles versuchen, die Maastricht-Fähigkeit bzw. Maastricht-Ausgeglichenheit und die Einhaltung des Stabilitätspaktes und der Maastricht-Kriterien zu erreichen. Von Vorteil sei hierbei, dass seit 2017 ein Stabilitätsplus, ein Maastricht-Plus, fortgeschrieben werden könne. Dieses Plus von etwa € 43 Mio. komme Salzburg 2018, wenn notwendig auch 2019, zu Gute.

Zum Finanzbericht 2018 führt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl aus, dass der aktuelle Schuldenstand € 1,684 Mrd. betrage, der zu 24 % variabel und zu 76 % fix verzinst sei. Der Budgetvollzug 2018 laufe soweit gut und man habe mit Sommerbeginn bei den Ausgaben in etwa 55 % des Budgetvolumens erreicht. Dieser Weg bestätige sich auch im Oktober. Unerwartete Ausgaben, wie etwa die Strafzahlung oder Unwetterkatastrophen könnten aus Verstärkungsmitteln gedeckt werden. Man werde auch versuchen, einige endfällige Darlehen am

Ende des Jahres zumindest zum Teil entsprechend zu bedienen. Dort, wo es nicht möglich sei, müsse man entsprechend rollieren. Aus heutiger Sicht werde man wahrscheinlich auch im Jahr 2018 die Schulden reduzieren können. Bei Derivaten und Wertpapieren etc. habe sich im Grunde genommen nichts verändert. Der Abbau bei der Wohnbaubankveranlagung gehe schneller voran als ursprünglich angenommen. Hier funktioniere die Partnerschaft mit der Hypo sehr gut. Das Ergänzungskapital habe man von € 11 Mio. auf € 5,1 Mio. reduzieren können. Eine sehr große Herausforderung sei das Bußgeld der Europäischen Union gewesen. Das Land sei auf Herz und Nieren geprüft worden und man habe auch einen entsprechenden Bericht vorgelegt sowie entsprechende Gutachten von Expertinnen und Experten eingeholt. Unter Abwägung aller Für und Wider habe sich das Land entschlossen, von Salzburg aus keine Klage einzubringen. Seitens des Bundes sei erklärt worden, nicht gegen die Entscheidung der Kommission anzukämpfen, da man die Erfolgchancen als ziemlich aussichtslos eingestufe. Es sei aber gelungen, dass der Bund sich zumindest zu 25 % an der Strafzahlung beteilige.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi bedankt sich einleitend bei der Landesverwaltung als einem konstanten Faktor und insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung und der Landesbuchhaltung. Ihren Dank spricht sie auch Landesfinanzreferenten Dr. Stöckl aus, der den eingeschlagenen Weg, den eigentlich alternativlosen Weg der Budgetkonsolidierung, konsequent fortgeführt habe. Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2017 zeige, dass die Landesschulden von rund € 1,9 Mrd. zum 31.12.2016 auf rund € 1,7 Mrd. mit 31.12.2017 verringert worden seien. Allein die Zinsen für diese Schulden hätten € 51,3 Mio. betragen. Zusätzlich seien Darlehen in der Höhe von € 248 Mio. getilgt und keine neuen Darlehen aufgenommen worden. Dies sei eine große Leistung, die nicht hoch genug zu schätzen sei. Zwar habe es Einmaleffekte gegeben, jedoch sei dieses Ergebnis nur durch einen konsequenten Budgetvollzug zu erreichen gewesen. Eine vorsichtige Kalkulation der Einnahmen und strenge Budgetdisziplin hätten diesen Rechnungsabschluss möglich gemacht, der auch zeige, dass der Spagat zwischen Budgetkonsolidierung einerseits und dem Setzen von wirksamen und nachhaltigen Impulsen andererseits durchaus möglich sei. Es gehe darum, das Land nicht zu Tode zu sparen. Es gehe darum, die richtigen Akzente an den richtigen Stellen zu setzen und trotzdem diesen konsequenten Budgetvollzug im Blick zu haben. Das Budget sei ein wesentliches Instrument zur Gestaltung. Es gehe vor allem darum, die nächsten Jahre im Blick zu haben, auch mit Weitblick zu agieren. In der nahen und fernen Zukunft werde man große Herausforderungen zu stemmen haben. Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi verweist in diesem Zusammenhang auf besonders dynamische Gruppen des Landeshaushaltes. Rund 61,8 % der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes würden auf die Gruppen 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft), auf die Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) und auf die Gruppe 5 (Gesundheit) entfallen. Der Sozialbericht des Landes 2017 sowie auch der Bericht über die Kinderbetreuung würden exemplarisch zeigen, in welchen Bereichen entsprechende Herausforderungen bestünden und wo Weiterentwicklungen geschehen müssten. Im Bereich der Kinderbetreuung sei nicht nur in den Ausbau investiert worden, sondern vor allem auch in die Qualitätsverbesserung sowie in den Ausbau der Öffnungszeiten. Das sei für Eltern ganz besonders wichtig, um die Herausforderung Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Im Bereich Soziales stelle uns die demografische Entwicklung vor große Herausforde-

rungen. Von 2013 bis 2017 sei die Zahl der durch Heimhilfe oder Hauskrankenpflege betreuten Haushalte um 14 % von 3.897 auf 4.441 Haushalte gestiegen. Auch seien die Jahresbetreuungsstunden um 8 % gestiegen, nämlich von 837.149 auf 910.277 Betreuungsstunden. Die neue Landesregierung habe sich zur finanziellen Stabilität als Grundvoraussetzung bekannt und sich vorgenommen, diese Stabilität als Voraussetzung einer zukunftsfiten Politik ohne neue Schulden sowie eines vollständigen Abbaus der Landesschulden bis 2042 vorzunehmen. Trotzdem müsse man Themen wie Mobilität, Wohnen, Stärkung der Regionen oder die Sicherung unseres Gesundheits- und Sozialsystems vorantreiben. Abschließend formuliert Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl drei verbesserungswürdige Punkte: Die Differenzbegründungen seien für die Abgeordneten ein ganz essentieller Teil des Rechnungsabschlusses und sie ersuche, auch weiter daran zu arbeiten. Bei aller Notwendigkeit der Transparenz ersuche sie, den Subventionsbericht in einigen Bereichen zu straffen. Als Beispiel nennt sie persönliche Förderungen in der Höhe von € 1.800,-- und fragt nach der Notwendigkeit einer solchen Detailliertheit. Im Sinne der Gewaltentrennung hält sie schließlich eine höchstmögliche Transparenz als unabdingbar.

Klubvorsitzender Abg. Steidl spricht zu Beginn seiner Wortmeldung all jenen, die dieses Zahlenwerk erstellt haben, Dank und Anerkennung aus. Dank gebühre zudem auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung, die durch ihre Tätigkeit im Jahr 2017 die Umsetzung der Zahlen des Voranschlages überhaupt erst ermöglicht hätten. Hinter jeder Ziffer stehe eine Aktivität, stehe eine Arbeitsleistung und dafür gebühre ein herzliches Dankeschön. Der Rechnungsabschluss 2017 sei der letzte, der noch nach kameralistischen Grundsätzen dargestellt werde. Dadurch sei natürlich eine realistische Abbildung der tatsächlichen finanziellen Situation des Landes im Sinne einer Unternehmensbilanz nicht möglich. Zwar sei gegenüber den Vorjahren die Transparenz des Rechnungsabschlusses wiederum ein paar Nuancen erhöht worden, dennoch bleibe der Rechnungsabschluss in manchen Bereichen nach wie vor unübersichtlich und da und dort auch nicht ganz nachvollziehbar. Fünf Jahre hindurch habe die Vorgängerregierung, die diesen Rechnungsabschluss ja auch noch politisch zu verantworten habe, immer wieder volle Transparenz angekündigt und jedes Jahr auf Kritik der SPÖ hin auch Besserung versprochen. Dieses politische Versprechen sei aber von Dr. Haslauer, Dr. Stöckl und Dr. Rössler nie so eingelöst worden, wie das versprochen worden sei. Man brauche kein großer Prophet zu sein, um zu wissen, dass sich dies nun unter Schwarz, gestützt auf ein bisschen Grün und ein bisschen Pink, nicht auf einen Schlag verbessern werde. Die SPÖ werde aber nicht lockerlassen und jedes Mal, wenn es die Möglichkeit gebe, weiter darauf drängen, dass die Rechnungsabschlüsse für die Abgeordneten nachvollziehbarer und transparenter gestaltet würden. Man hoffe jedenfalls, dass mit der Umstellung der Haushaltsführung auf die Grundsätze der doppelten Buchführung zukünftig der Landeshaushalt und die wirtschaftliche Lage des Landes transparenter dargestellt werden könnten, um eine brauchbarere Grundlage für eine umfassende politische Einschätzung zu erhalten. Das von der letzten Landesregierung vorrangig verfolgte budgetpolitische Ziel sei es ja gewesen, die Neuverschuldung bis inklusive 2016 zu stoppen und ab 2017 mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Wie bereits festgestellt, sei hierbei auch einiges gelungen. Man müsse aber hinterfragen, warum dies gelingen habe können. Ein Grund dafür sei zum einen, dass die durch

die Bundesertragsanteile zufließenden finanziellen Mittel aufgrund der guten konjunkturellen Lage höher als erwartet ausgefallen seien. Dies sei auch in einer Aussendung des Landesfinanzreferenten zum Rechnungsabschluss ausdrücklich betont worden. Weiters hätten sich einige höhere Einnahmen ergeben, bei denen es sich lediglich um Einmaleffekten handle. Auch dies habe der Landesfinanzreferent in seiner Stellungnahme ausdrücklich eingeräumt. Da es sich um Einmaleffekte handle, seien diese Einnahmen nicht nachhaltig, weil sie sich in den Folgejahren nicht mehr wiederholten. Auch die Konjunktur werde nicht in alle Ewigkeit in dieser guten Entwicklung verharren. Gerade die Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten zeigten ja, dass es immer wieder auch zu Rückschlägen in der wirtschaftlichen Entwicklung komme. Im Falle eines Konjunktur einbruches in den nächsten Jahren sei klarerweise auch mit einem Rückgang der Ertragsanteile des Bundes zu rechnen. Auch die Rückflüsse aus dem ehemaligen Wohnbaufonds würden spätestens in der nächsten Gesetzgebungsperiode versiegen. Hier müsse man rasch strukturelle Änderungen angehen, sonst sei auch diese Finanzquelle bald erschöpft. Derzeit sei die Landesregierung in der bequemen Situation, dass sie in den nächsten fünf Jahren durchaus noch auf einen Finanzpolster zurückgreifen könne. Es brauche hier aber Weitblick und Vorausplanung, wie man dieses Geld investiere, damit nicht irgendwann der Tag komme, an dem man feststelle, dass der Finanzpolster ohne adäquaten Ersatz einfach aufgezehrt sei.

Der von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl vorgelegte Finanzbericht werde den Landtag in der Zukunft sicher noch öfters beschäftigen, nämlich wenn es um die von der EU-Kommission verhängte Geldstrafe gehe. Es werde im Finanzbericht überhaupt nicht dargestellt, wie es dazu habe kommen können. Es werde schon noch interessant sein, und man werde das auch noch in geeigneter Form an geeigneter Stelle zu besprechen haben, wer zu welchem Zeitpunkt auf welcher Ebene die Verantwortung getragen habe in dieser Angelegenheit. Klubvorsitzender Abg. Steidl ist der Ansicht, dass es im Lauf der Zeit sicherlich mehrmals die Chance und die Möglichkeit gegeben hätte, eine Korrektur der Zahlen an Eurostat zu melden, nämlich konkret in der Zeitspanne Dezember 2012 bis September 2013. Während dieses Zeitraumes habe es verschiedene Verantwortlichkeiten gegeben und das werde man sich noch anschauen müssen. Er sei überzeugt, dass es nicht nur eine Verantwortlichkeit geben werde, wo das festzumachen sei, sondern sicherlich mehrere Ebenen. Jedenfalls gebe es in dieser Angelegenheit noch viel zu wenig Transparenz, man werde hier noch mehr Informationen brauchen.

Nach diesem Rückblick wolle er nunmehr einige Anmerkungen zur Zukunft machen: Die freie Finanzspitze des Landes für neue Investitionsvorhaben habe sich aktuell deutlich verbessert. Er sei schon gespannt, ob sich diese positive Entwicklung auch beim Budget 2019 in Form einer dynamischen und nachhaltigen Investitionsbereitschaft niederschlagen werde. Salzburg brauche dringend zukunftsichernde Investitionen in die Infrastruktur. Damit meine er aber sicherlich nicht den Gitzentunnel als infrastrukturelle Investition mit € 220 Mio. Damit meine er andere Dinge, beispielsweise Investitionen in die Bildungszukunft im Land Salzburg. Hier müsse man bereits bei den Kindergärten ansetzen. Da brauche es Investitionen in die Infrastruktur, aber auch in das Angebot der Kindergärten und in die Arbeits- und Einkommensbedingungen der betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen. Gerade im letztgenannten Bereich liege momentan etwas auf dem Tisch, das genau in die andere Richtung ziele und zu Ver-

schlechterungen, ja zu Kürzungen, bei den Einkommen führe. Um die Bildungszukunft des Landes zu sichern, müsse man auch in das duale Ausbildungssystem investieren. Es gebe viele Branchen, die händeringend nach Lehrlingen suchten. Hier werde es auch die Aufgabe des Landes sein, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern neue Ideen und Ansätze zu entwickeln, damit gerade in jenem Wirtschaftsbereich, auf den sich Salzburgs wirtschaftlicher Erfolg sehr stütze, nämlich im Tourismus, ausreichend qualifiziertes Personal ausgebildet werden könne. Genauso brauche es zukünftig Investitionen in die Pflege, insbesondere in die Qualität und Quantität der angebotenen Ausbildungsplätze. Dies sei eine große Herausforderung. In den letzten fünf Jahren habe es unter der Vorgängerregierung in dieser Richtung fast gar keine Aktivitäten gegeben. Man habe den Handlungsbedarf entweder ignoriert oder einfach verschlafen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung lasse gerade die aktuelle Entwicklung in Salzburg befürchten, dass es immer mehr zu einer Entwicklung Richtung Zweiklassenmedizin komme. Weiters ist Klubvorsitzender Abg. Steidl der Meinung, dass es auch kräftige Investitionen in die Verkehrsvielfalt brauche. Hier habe es in den letzten zehn, 15 Jahren große Versäumnisse gegeben, wie auch die Berichte der zuständigen Landesregierungsmitglieder der vorigen Amtsperiode zeigten. Zum einen sei der Zustand vieler Straßen im Land Salzburg enorm schlecht. Zum anderen wüssten diejenigen, die tagtäglich auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen seien, ein Lied davon zu singen, dass das Angebot im Bahn- und Busbereich stark verbesserungswürdig sei. Die sich aus dem Rechnungsabschluss ergebenden Kennzahlen und weitere Quellen zeigten allesamt, dass die wirtschaftliche Lage des Landes Salzburg als durchaus gut bewertet werden könne. Schauen man sich die Rücklagen in der Höhe von rund € 400 Mio. an, dann stelle man fest, dass dem Land Salzburg auch ohne Neuverschuldung Mittel für die zuvor angesprochenen Investitionen, aber auch für Transfers zur Verfügung stünden. Ein substanzieller Anteil des Budgeterfolges sei allerdings die Folge einer Unterdotierung der Wohnbauförderung. Wenn man sich das im Detail anschauen, dann wisse man, wodurch die gute budgetäre Entwicklung auch mitgetragen werde. Es seien zwar 2017 die für Zwecke der Wohnbauförderung budgetierten Mittel in Höhe von € 142 Mio. ausgegeben worden, dies sei aber wesentlich weniger gewesen, als das, was nach dem alten Wohnbauförderungssatz möglich gewesen wäre. Übertrage man nämlich die damalige Finanzstruktur der Wohnbauförderung auf das Jahr 2017, dann wären im Jahr 2017 nicht € 142 Mio. investive Mittel für den Wohnbau und die Wohnversorgung zur Verfügung gestanden, sondern € 246 Mio. Diese Differenz sei der Spielraum für diese Landesregierung. Es habe sich gezeigt, dass es bei der Errichtungsförderung im Eigentum in der Vergangenheit zu massiven Überschreitungen des Voranschlags gekommen sei, was von der SPÖ auch seit Jahren massiv kritisiert werde. Das hänge damit zusammen, dass diese Landesregierung in den letzten Jahren im großen Stil Geld hergeschenkt habe. Die Konsequenzen daraus seien erstens diese Budgetüberschreitungen und zweitens, dass man die Reißleine habe ziehen und eingestehen müssen, dass sich das Land das auf lange Sicht gesehen einfach nicht leisten könne. Die Ideenlosigkeit der aktuellen Regierung habe sich deutlich dadurch gezeigt, dass man dieses Verschenken von Geld nicht beendet habe, sondern einfach den Förderungsbetrag halbiert habe und jetzt eben weniger verschenke. Das mache diese ganze Misere aber um keinen Deut besser. Es wäre vernünftiger, diese Geldgeschenke zur Gänze einzustellen und etwas Anderes zu machen. Vielleicht brauche man auch Sonderwohnbauprogramme, um die akute Wohnungsnot im Bun-

desland wirksam anzugehen. Unverständlich sei, dass im Bereich der Gesundheitsplanung die ohnehin bereits geringen Mittel nicht ausgeschöpft worden seien. Man müsse sich auf der Zunge zergehen lassen, dass zwar die alte Landesregierung für 2016 ein Jahr der Kinderge-sundheit ausgerufen habe, dass aber 2017 im Bereich der Schulgesundheitspflege und der vorschulischen Gesundheitsprävention die veranschlagten Mittel nicht aufgebraucht worden seien. Außer der Verbreitung von leeren Worthülsen und Ankündigungen sei also offenbar nicht viel passiert. Die Mittel für Straßenbau und Verkehr hätten sich im Verlauf der letzten fünf Jahre im ordentlichen Haushalt zwar erhöht, hier seien vier bis sechs Millionen mehr ausgegeben worden. Im Gegenzug habe man aber im investiven Budget, nämlich im außerordentlichen Haushalt, die Mittel ganz massiv gekürzt, nämlich gleich im Ausmaß von € 20 Mio. Das Ergebnis dieser Vorgangsweise sehe man auch tatsächlich in Form der zahlreichen Schlag-löcher im Straßennetz des Bundeslandes Salzburg. Im Hinblick auf das Angebot im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs hinke Salzburg im Bundesländervergleich immer mehr hinten nach. Das Angebot und auch die Preise seien in vielen Regionen des Landes mittlerweile ja tatsäch-lich eine Zumutung für die Bevölkerung. Die Entwicklungen der letzten 15 Jahre seien sowohl konzeptiv als auch investiv einfach verschlafen worden. Dafür trage natürlich auch die Lan-desregierung der letzten fünf Jahre einen großen Teil der Verantwortung, insbesondere de-ren Verkehrsreferenten. Betrachte man die Ausgaben für allgemeine Beiträge zur Förderung des Arbeitsmarktes, könne man meinen, es gebe offenbar überhaupt keine Probleme am Ar-beitsmarkt. Dies sei mitnichten der Fall. Es gebe immer noch mehr als 10.000 Arbeitslose im Bundesland Salzburg. Die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik habe man trotzdem um eine Milli-on gekürzt. Hier erwarte sich Klubvorsitzender Abg. Steidl von der neuen Landesregierung in den kommenden Voranschlägen verstärkte Anstrengungen. Auch in einigen anderen wichtigen Aufgabenbereichen seien Mittel eingespart worden, wie etwa bei der Nachmittagsbetreuung oder dem Landesbildungsscheck. Gerade in diesen Bereichen müsse aber eigentlich mehr in-vestiert werden. Hier gehe es schließlich um das Kinderbetreuungsangebot und die ständige Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei handle es sich um ganz wichtige Faktoren im Standortwettbewerb der Regionen. Das Land Salzburg könne es sich in diesen Bereichen nicht leisten, hinter andere Regionen zurückzufallen, weil das die Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflussen werde.

Abschließend resümiert Klubvorsitzender Abg. Steidl: Gestützt auf die Kritik des Landesrech-nungshofes und das vom Finanzreferenten veröffentlichte Zahlenwerk könne man sagen, dass das Land derzeit von der vorausschauenden Politik der Vergangenheit zehre, siehe beispiels-weise der Wohnbaufonds. Das stelle eines der wesentlichen Probleme des Landes dar. Das Land Salzburg profitiere zurzeit von den durch die gute Konjunktur bedingten erhöhten Steu-ereinnahmen und den Rückflüssen aus der Wohnbauförderung, aber strukturelle Reformen fehlten bislang. Aus diesem Grund stelle auch der Landesrechnungshof der Regierung Schwarz/Grün ein vernichtendes Zeugnis aus. Nachlesen könne man das auf Seite 4 des Lan-desrechnungshofberichtes, dort heiße es: „Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanz-vorschau stellt der LRH fest, dass derzeit eine nachhaltige Konsolidierung der Haushaltsfüh-rung nicht gegeben ist.“ Aufgrund der zuvor gemachten Ausführungen und dieser Feststellung des Landesrechnungshofes könne die SPÖ dem Rechnungsabschluss 2017 daher nicht zustim-men.

Klubobfrau Abg. Svazek BA merkt an, dass es – wie schon von Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi erwähnt – ein bisschen seltsam sei, einen Rechnungsabschluss zu diskutieren, der von einer nicht mehr im Amt befindlichen Regierung zu verantworten sei. Für die FPÖ sei es insofern auch eine spezielle Situation, weil keiner der freiheitlichen Abgeordneten dem letzten Landtag angehört habe. Es sei daher für ihre Fraktion eine doch recht große Herausforderung gewesen, sich durch diesen Rechnungsabschluss zu kämpfen. Ungleich herausfordernder müsse es aber gewesen sein, so ein umfangreiches und komplexes Werk überhaupt zu erstellen. Deshalb gehe ihr Dank an alle am Rechnungsabschluss beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich auch ein besonderer Dank an den Landesrechnungshof. Dessen Bericht sei gerade für neu hinzugekommene Abgeordnete eine gute Orientierungshilfe. Bei der Beschäftigung mit dem Rechnungsabschluss habe die FPÖ einen ersten Einblick bekommen, wie man mit Steuergeld, mit Umschichtungen, mit Transparenz umgehe. Vor allem in Bezug auf Letzteres müsse sie ihrem Vorredner beipflichten. So ganz transparent und ganz nachvollziehbar in jeder Facette sei der Rechnungsabschluss nicht. Vor allem wenn man Umschichtungen nachvollziehen oder ergründen wolle, warum es zu gewissen Abweichungen und Differenzen gekommen sei.

Positiv zu erwähnen sei natürlich die Entwicklung beim Abbau der Schulden des Landes Salzburg. Es seien sich dabei wohl alle einig, dass das gerade in der Situation des Bundeslandes Salzburg die oberste Prämisse bei der Budgetplanung sein müsse, da die Zeiten wohl nicht einfacher würden. Bezüglich der EU-Finanzstrafe müsse sie dem Klubvorsitzenden Steidl beipflichten, dass man hier schon die Frage stellen müsse, wie es dazu überhaupt gekommen sei? Wer sei dafür verantwortlich? Natürlich könne man die Strafe nicht mehr ungeschehen machen, es stelle sich aber vor allem die Frage, wie man solche Probleme in Zukunft verhindern könne. Man müsse auch die Verantwortung klären. Das sei man bei einer so hohen Strafe vor allem der Salzburger Bevölkerung schuldig, denn letztlich berappten diese Gelder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Für die FPÖ sei es auch spannend zu sehen, insbesondere da sie beim Budget 2017 nicht dabei gewesen sei, dass der Salzburger Landtag Haushaltsüberschreitungen im Nachhinein schlichtweg bestätigen bzw. beschließen müsse. Da würden natürlich sehr, sehr viele Fragen aufgeworfen, die dann in der Spezialdebatte diskutiert werden müssten. Für die neuen Abgeordneten aller Landtagsklubs wäre es jedenfalls sehr hilfreich, wenn es wieder – wie schon in der letzten Gesetzgebungsperiode – Informationsveranstaltungen zum Thema Voranschlag und Rechnungsabschluss durch die Finanzabteilung und die Landesbuchhaltung geben könnte.

Für die FPÖ sei es beim Rechnungsabschluss natürlich von besonderem Interesse gewesen, zu sehen, wo es zu Mehrausgaben gekommen sei. Hier seien in erster Linie zwei große Bereiche zu nennen, Soziales und Kinderbetreuung. Im Sozialbereich schlage beispielsweise die Haushaltsüberschreitung im Bereich der Unterstützung für Asylwerberinnen und Asylwerber mit € 941.000,-- zu Buche. Hier müsse man auch darüber reden, wie sich das in den nächsten Jahren entwickeln werde, wie man hier zukünftigen Budgetüberschreitungen vorbeugen könne. Auch hinsichtlich der Mindestsicherung stünden dem Land Salzburg sicher noch einige Herausforderungen bevor. Es gebe den Spruch, dass ein Budget in Zahlen gegossene Politik sei. Ein Rechnungsabschluss zeige dann letztlich auf, wo wirklich die Hauptschwerpunkte der

Politik gesetzt worden seien und worauf sich das Land vor allem konzentriert habe. Es sei auch ein Messwert, wie sozial ein Bundesland sei, wenn man betrachte, wohin die Mittel geflossen seien und welche Auswirkungen das mit sich bringe. Hier gehe es um soziale Wärme und darum, in welche Richtung sich dieses Land entwickle. Es müsse allen bewusst sein, Salzburg sei mehr als die Festspiele, mehr als ein EU-Gipfel. In Salzburg gehe es vor allem darum, darüber zu reden, ob sich die Salzburgerinnen und Salzburger dieses Land künftig auch noch leisten könnten. Da seien vor allem die Wohnkosten anzusprechen. Wenn man sich die Berichterstattung der letzten Wochen in den Medien so ansehe, dann sei vor allem viel Glanz und Glamour gezeigt worden. Der EU-Gipfel sei natürlich Werbung für das Bundesland gewesen und habe wunderschöne Bilder geliefert. Aber Salzburg mache ja vor allem aus, ob es lebenswert und leistbar für die Menschen in diesem Land sei. In der Zukunft stehe man vor enormen Herausforderungen, gerade auch was die Lebenskosten betreffe. In dieser Hinsicht fehlten aber die Antworten für die diversen Problemstellungen. Es fehle auch an einer Vision, in welche Richtung sich dieses Land entwickeln solle. Der Landtag sei nur dafür da zu kontrollieren, ob es aus seiner Sicht in eine richtige Richtung gehe. Wenn man sich die Zahlen im Rechnungsabschluss anschau, sehe es derzeit aber nicht danach aus, dass der richtige Weg eingeschlagen werde. Es gebe beispielsweise im Voranschlag eine Position mit Mitteln für die Entlastung von Familien mit behinderten Kindern. Vorveranschlagt seien hier knapp € 102.000,-- gewesen, der Rechnungsabschluss weise aber lediglich eine Ausschöpfung in Höhe von € 3.000,-- aus. Bei der FPÖ meldeten sich mehrmals wöchentlich verzweifelte Eltern mit beeinträchtigten Kindern, die nicht wüssten, wie sie die finanziellen Aufwendungen noch stemmen sollten. Für die Freiheitlichen als Oppositionspartei sei es dann schon etwas seltsam zu sehen, dass die für solche Fälle veranschlagten Mittel, aus welchen Gründen auch immer, gar nicht ausgeschöpft worden seien. Auch bei den Maßnahmen für Behindertenhilfe sei sehr viel weniger ausgegeben worden als vorveranschlagt. Im Gegensatz dazu sei bei anderen Positionen um einiges mehr ausgegeben worden. Natürlich sei man sich einig, dass Kunst und Kultur in Salzburg sehr, sehr wichtig seien. Noch viel wichtiger sei es aber, sich um Sozialbedürftige in diesem Land zu kümmern. Hier setze die FPÖ auch Hoffnung in den Soziallanderrat, dass die soziale Verträglichkeit sich in nächster Zeit auch spürbar verbessere, damit sich nicht mehr so viele verzweifelte Eltern bei ihr meldeten. Natürlich müsse man auch die Frage stellen, wie das nächste Budget ausschauen werde. Diesbezüglich sei man vor allem auf den Einfluss der NEOS schon sehr gespannt, die ja das vorangegangene Budget stark kritisiert hätten, vor allem wegen fehlender Transparenz.

Einen weiteren sehr, sehr großen finanziellen Aufwand verursache der Bereich der Kinderbetreuung. Wenn der Landtag über das Budget diskutiere, dann solle auch einmal Zeit sein, nicht nur über die Zahlen selbst zu reden, sondern auch über Entwicklungen in diesem Bundesland. Man habe ohnehin zu wenig Zeit, um über Grundsatzfragen, über gesellschaftspolitische Herausforderungen und Entwicklungen zu sprechen, die sich ja auch auf Voranschlag und Rechnungsabschluss auswirkten. Die Kinderbetreuung werde beispielsweise in Zukunft immer mehr Geld kosten, das sei ein Faktum. Man müsse aber schon auch darüber reden, warum das so sei. Es sei gesellschaftspolitische Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte gewesen, immer mehr Leistungen, die innerhalb der Familie erbracht worden seien, auszulagern. Das betreffe nicht nur das Thema Kinderbetreuung, sondern ebenso das Thema der

Pflege, die sich ebenfalls zu einer riesengroßen Herausforderung entwickle. Der Großteil der Pflegeleistungen sei früher innerhalb der Familien erbracht worden, natürlich oft auch von Frauen. Diese Leistungen seien Stück für Stück ausgelagert worden. Wenn man das Ganze aber ganz nüchtern betrachte, dann bringe das dem Staat natürlich etwas, denn jede Leistung, die nicht mehr innerhalb der Familie erbracht werde, müsse fremdvergeben werden. Das bringe dem Staat klarerweise Arbeitsplätze, das bringe dem Staat Steuereinnahmen. Man sollte sich aber auch einmal die Frage stellen, was das gesellschaftspolitisch bewirke und wohin sich die Gesellschaft insgesamt entwickle. Wenn man sich ansehe, wie viel das Land für einen externen Kinderbetreuungsplatz pro Kind pro Monat ausbebe, dann stelle man fest, dass es sich um einen riesengroßen Betrag handle. Natürlich sei das Geld, das auch in die Wirtschaft, in Arbeitsplätze fließe. Und je schneller man seine Kinder in Fremdbetreuung gebe, desto schneller stehe man auch dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung. Die Kinderbetreuung kreierte also Arbeitsmarktpotential und führe zu finanziellem Investment in die Auslagerung von Familienleistungen. Ganz nüchtern betrachtet sei das ein sehr kapitalistischer Ansatz. Es mache sie schon ein bisschen nachdenklich, dass man hier zum Erfüllungsgehilfen des Kapitalismus werde, wenn immer mehr Familienleistungen ausgelagert würden und man nicht danach frage, was das mit unseren Familien mache. Das sei eine Grundsatzdiskussion, die man auch beim Budget einmal führen könne. Es sei bedauerlich, dass auch in der ÖVP immer weniger für die Stärkung der Familie gekämpft werde. Es sei auch sehr schade, dass einer der wenigen verbliebenen Kämpfer, der Berndorfer Bürgermeister, nicht mehr bei den Bürgermeisterwahlen antrete. Es gehe insgesamt also darum, dass man sich einmal Gedanken darüber machen müsse, warum die Kosten in gewissen Bereichen so stark anstiegen. Es sei natürlich klar, dass man gewisse Entwicklungen nicht vollkommen rückgängig machen werde können, das sei eben der Zeitgeist. Aber man solle sich schon einmal klar machen, was diese Zahlen eigentlich bedeuteten. Abschließend stellt Klubobfrau Abg. Svazek BA fest, dass sie auch der Ansicht sei, dass dieses Land vor sehr, sehr vielen Herausforderungen stehe. Was bei deren Bewältigung keinen Platz habe, seien Selbstverwirklichungsprojekte, wie der schon erwähnte Gitzentunnel. Für dessen Realisierung sei einfach das Geld nicht vorhanden. Es gebe viele andere Projekte, wo das Geld bei weitem besser investiert wäre. Es liege auf der Hand, dass beispielsweise im Bereich des öffentlichen Verkehrs in den nächsten Jahren sehr, sehr viel Geld fließen werde müssen. Dasselbe gelte für dringend notwendige Straßensanierungen. Im Großen und Ganzen sei diese Debatte für die FPÖ eine sehr, sehr spannende, weil es ihr erster Rechnungsabschluss sei, noch dazu über ein Budget, bei dessen Beschlussfassung sie nicht mitgewirkt habe. Man habe in der Vorbereitung und auch in der Diskussion viel gelernt und profitiert. Die FPÖ freue sich schon auf das Budget für das Jahr 2019, auf die Entwicklungen in diesem Budget. Man bedanke sich - trotz aller Kritik - ausdrücklich beim Finanzlandesrat und nochmals bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Rechnungsabschlusses, werde diesem aber nicht zustimmen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA spricht allen, die mit der Erstellung dieses Zahlenwerkes beschäftigt gewesen seien, großen Respekt und Hochachtung aus. Einige Minderausgaben oder Überschreitungen würden Fragezeichen hervorrufen, diese würden sicher aufgeklärt werden. Die letzten fünf Jahre seien unter den Zielen „Nachhaltig denken und handeln“,

„Herausforderungen des Klimawandels begegnen“, „Natur und Schönheit unseres Landes in seiner Vielfalt erhalten“, „Bildung und Ausbildung als Basis für ein erfülltes und eigenverantwortliches Leben“ und „Chancengleichheit für alle Menschen“ gestanden und konsequent verfolgt worden, auch wenn nicht jedes Projekt in der Zeit umgesetzt worden sei, in der es geplant gewesen wäre. Es sei um leistbares Leben und Wohnen und um soziale Gerechtigkeit, um Vollbeschäftigung auf Basis einer starken Wirtschaft und um eine zeitgemäße Verwaltung mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um Transparenz und Objektivität und um einen ausgeglichenen Haushalt und den Abbau von Schulden gegangen. Dieses politische Programm bilde sich in den letzten Landesbudgets ab und werde auch im Rechnungsabschluss 2017 nochmals im Detail sichtbar. Die Regierung habe weitere Schulden abgebaut (€ 250 Mio.), es sei streng gewirtschaftet und die Verstärkermittel nur zu 59 % ausgeschöpft worden. Dies sei eine wichtige Entscheidung für die Zukunft gewesen. Der Rechnungsabschluss zeige, dass Salzburg zusammenhalte. Der Landesrechnungshofbericht liefere einige wichtige kritische Anmerkungen, aber keinen Gegenbeweis für den Zusammenhalt. Die Koalition der letzten fünf Jahre habe gut für die kommenden Generationen budgetiert, in Verantwortung für alle Menschen und die Umwelt, aber auch in Solidarität mit Menschen anderer Länder. Der Rechnungsabschluss zeige, dass gut gewirtschaftet worden sei. 62 % aller Ausgaben des ordentlichen Haushaltes entfielen auf die Gruppen Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft, Soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung und Gesundheit. Dies seien die größten Ausgabenposten mit der größten Dynamik und ein Zeichen der Solidarität für Menschen, die Unterstützung benötigten. Dies zeige sich u.a. in den € 433.000,--, die in Präventionsarbeit und Schulsozialarbeit investiert worden seien oder in der Qualitätsoffensive in den Kinderbildungseinrichtungen, im Ringen um ein neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, in Angeboten für Seniorinnen und Senioren oder für jüngere Menschen. Bei der Planung und Umsetzung der Jugendarbeit, von jugendrelevanten und jugendunterstützenden Maßnahmen sei der Verein Akzente Hauptpartner. Dieser erhalte jährlich aus Jugendförderungsmitteln einen finanziellen Beitrag zur Grundfinanzierung. Es gebe jährlich abzuschließende Fördervereinbarungen auf der Basis der allgemeinen Förderrichtlinien des Landes Salzburg. Mit Akzente Salzburg würden jugendrelevante Aktionen vereinbart und umgesetzt. Erwähnt werden dürften wichtige zentrale Projekte wie zB „Heroes“, ein Projekt für die Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen oder das Projekt Wohnen 70+, ein Projekt für die ältere Generation. Im Rechnungsabschluss 2017 werde auch deutlich, dass Salzburg die Verantwortung für alle Menschen im Land wahrnehme. In der Mindestsicherung hätten durchschnittlich 2.800 Kinder und Jugendliche Unterstützung erhalten, dies bedeute fast ein Drittel aller Menschen, die Mindestsicherung bezögen. Mehr als 15.300 Senioren und Seniorinnen hätten Unterstützung über die Sozialhilfe erhalten. Ein besonderes Augenmerk verdiene die Unterstützung für Menschen mit Beeinträchtigungen, beispielsweise das Pilotprojekt „Persönliche Assistenz“, was sich auch im vorliegenden Rechnungsabschluss niederschlage. Auch in Integrations- und Bildungsarbeit in Salzburger Gemeinden sei investiert worden. Dies alles und viel mehr stecke im Rechnungsabschluss. Es sei gut investiertes Geld und ein Zeichen, dass Menschen auf die Solidarität der Gesellschaft vertrauen könnten. Man würde Kinder, Frauen und Männer in Not-situationen nicht alleine lassen und auch Menschen in anderen Ländern der Erde unterstützen. Diese Hilfe vor Ort sei leider in einem sehr eingeschränkten Ausmaß budgetiert, dennoch

sei jeder Cent wichtig und gut. Mit Förderungen würden Menschen beim Überleben unterstützt und Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven gegeben. Menschen würden bestärkt, in ihren Heimatländern zu bleiben anstatt sie zu verlassen. Das sei diese oft viel zitierte Hilfe vor Ort, die dazugehöre, wenn von Migration, Integration und Flucht gesprochen werde. Der Rechnungsabschluss zeige, wo man mehr Motivationsarbeit leisten müsse, zB wenn es um die Minderausgaben im Bereich der schulischen Tagesbetreuung in Höhe von € 2,4 Mio., den Salzburger Bildungsscheck oder darum gehe, die Kinderbetreuungsförderungen des Landes abzuholen. Auch würde die Umsetzung von Projekten oft sehr lange dauern, wie zB das Psychosoziale Versorgungs- und Beratungszentrum für Kinder und Jugendliche und auch die Intensivtherapie für Kinder mit Autismus-Spektrumsstörungen. Gleichzeitig sei sichtbar, dass die Landesregierung nicht nur für Soziales, sondern auch für andere Bereiche Verantwortung übernommen habe, wie zB für kulturelles Erbe, für Gesundheit oder für kommende Generationen. Damit seien die Investitionen in Forschung und Entwicklung gemeint oder im Bereich Klima- und Naturschutz. Es gebe noch viel zu tun. Es brauche zukunftsichernde Investitionen im Bereich der Bildung, vor allem im Bereich der Kinderbildung, im Bereich der Forschung und vor allem auch im Bereich des Klimaschutzes. Dies seien die neuen Herausforderungen für das neue Budget, alle Ressorts seien gefordert. Es brauche einen achtsameren Umgang mit den Ressourcen, mit unserer Luft, unserer Energie und unserem Boden. Man müsse den Klimaschutz ernst nehmen. In den erneuerbaren Energien würden beträchtliche wirtschaftliche Potentiale schlummern, die es für Salzburg zu heben gelte. Es gehe darum, ein lebenswertes Leben in Salzburg auch für die zukünftigen Generationen zu sichern. Die Regierung wolle Salzburg in den nächsten Jahren bewegen, unser Land zukunftsfit, mobil, regional, sozial und solidarisch machen. Abschließend spricht Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA HR Dr. Prucher von ganzem Herzen Dank aus.

Klubobmann Abg. Egger MBA sagt, dass grundsätzlich eine sehr gute Arbeit geleistet worden sei. Klarerweise seien die Spielräume für das Land sehr eingeschränkt und begrenzt, da der Großteil der Ein- und Ausgaben vorgegeben und gesetzlich geregelt sei. Dennoch sei es für die jetzige und zukünftige Generation wichtig, dass die Mittel für die richtigen Dinge nachhaltig, effizient und treffsicher eingesetzt und verwendet würden. Salzburg ginge es im Bundesländervergleich sehr gut und Salzburg sei auf einem guten Weg. Die erwähnten Einmaleffekte seien zum Großteil für die Schuldentilgung verwendet worden, diese werde es in Zukunft nicht mehr geben. Derzeit entwickle sich die Ausgabenseite noch gut, langfristig würden hier aus demographischen Gründen aber viele Kosten entstehen. Man müsse jetzt die richtigen Schritte setzen, damit nicht nachfolgende Generationen die Folgen ausbaden müssten. Zu erwähnen sei hier der Gesundheits- oder Pflegebereich, die Bildung oder die Infrastruktur. Aus diesem Grund sei eine ernsthafte Debatte über die Parteigrenzen hinweg sehr wichtig. Er hoffe auf eine konstruktive Diskussion, denn alle würden in der Verantwortung stehen. Klubobmann Abg. Egger MBA bedankt sich für den vorliegenden Rechnungsabschluss und bei allen Mitwirkenden, die an der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik mitwirkten, was eine große Herausforderung darstelle. Die Umstellung auf die Doppik sei wichtig und werde für mehr Transparenz und Überblick sorgen. Dies sei auch die Verantwortung der Politik der Salzburger Bevölkerung gegenüber. Auch wenn man auf einem guten Weg sei,

müsste noch an ein paar Stellschrauben gedreht bzw. diese effizienter und treffsicherer gestaltet werden. Man wolle in den nächsten Jahren bei der Umsetzung helfen und sich mit Wissen und Kompetenz soweit als möglich einbringen.

Landeshauptmann Dr. Haslauer führt aus, dass mit dem Rechnungsabschluss sozusagen ein Resümee einer beinahe fünfjährigen Legislaturperiode von 2013 bis 2017 debattiert werde. Man könne sagen, dass die finanzielle Stabilisierung des Landes mit einer Schuldenreduzierung von über € 520 Mio. eindeutig gegeben sei. Dies habe mehrere und unterschiedliche Ursachen und zeige, dass auch mit konsequenter Disziplin und konsequentem Haushaltsvollzug eine stabile Entwicklung möglich sei, ohne dass es einen sozialen Kahlschlag geben müsse. Landeshauptmann Dr. Haslauer bedankt sich für diese konsequente Vollzugspolitik. Die Budgets seien im Hinblick auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien immer problematisch gewesen. Die Rechnungsabschlüsse hätten mit Ausnahme des ersten alle den Maastricht-Kriterien entsprochen, d.h. hier sei sehr diszipliniert vorgegangen worden. Sein Dank richte sich an die Abteilungen, an die Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen im Amt der Landesregierung, die nicht sinnlos noch im Dezemberfieber Geld ausgegeben, sondern wirklich sehr konsequent gewirtschaftet hätten. Sein Dank gelte dem Finanzreferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, für dessen Beharrlichkeit, die nicht immer auf seine Zustimmung stoße, aber dies sei seine Aufgabe. Letztlich hätten alle etwas davon, denn man wolle nicht auf Kosten nachfolgender Generationen leben. Ein besonderer Dank gelte HR Dr. Prucher, der nun den letzten Rechnungsabschluss im Landtag zu vertreten habe, für seine Verlässlichkeit, seine Loyalität, seine Stabilität, für die warnenden Worte, aber auch für die Flexibilität, dass man letztlich diese beiden Anforderungen, Ausgaben für Weiterentwicklungen aber trotzdem finanzielle Disziplin zu halten, unter einen Hut bringen habe können. Sein Dank gelte aber auch Dr.ⁱⁿ Schausberger und Mag.^a Pumberger-Langthaler sowie allen, die daran mitgewirkt hätten. Landeshauptmann Dr. Haslauer freut sich, dass eine vernünftige Diskussion möglich sei, denn man könne natürlich über jede Ausgangsposition streiten, ob diese sinnvoll sei oder nicht. Man könne alles gegeneinander ins Treffen führen und gegeneinander ausspielen. Insgesamt gehe es darum, ein gutes Gesamtbild, ein ausgewogenes gutes Miteinander zu finden. Dies würden der Haushalt und der Rechnungsabschluss widerspiegeln.

SPEZIALDEBATTE:

Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung)

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 287.329.945,17 und Gesamteinnahmen von € 54.731.196,35

Die Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 4.209.580,43 und Gesamteinnahmen von € 1.671.446,28

Die Gruppe 0 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit)

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 8.296.119,36 und Gesamteinnahmen von € 1.075.893,98

Die Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes enthält keine Gesamtausgaben und keine Gesamteinnahmen.

Die Gruppe 1 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft)

Abg. Dr.ⁱⁿ Dollinger bringt für die SPÖ einen Entschließungsantrag ein, welcher leicht modifiziert mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die der FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen wird:

Die Landesregierung wird ersucht zu prüfen,

1. ob der Bezug der Förderung aus dem Kinderbetreuungsfonds organisatorisch und hinsichtlich der Einkommensgrenzen erleichtert werden kann sowie
2. ob jene Mittel, die im Kinderbetreuungsfonds liegen bleiben oder an anderer Stelle im Budget bei der Kinderbetreuung nicht ausgeschöpft werden, für Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung, -bildung und -gesundheit zweckgewidmet werden können.
3. und dem Landtag bis 31. Dezember 2018 zu berichten.

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 555.043.976,84 und Gesamteinnahmen von € 445.754.073,97

Die Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 9.200.923,11 und Gesamteinnahmen von € 4.056.000,00

Die Gruppe 2 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 3 (Kunst, Kultur und Kultus)

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 48.037.240,89 und Gesamteinnahmen von € 12.523.576,89

Die Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 7.023.624,72 und Gesamteinnahmen von € 5.762.250,14

Die Gruppe 3 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ -
sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung)

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 556.373.889,24 und
Gesamteinnahmen von € 395.279.162,55

Die Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 3.023.101,96
und Gesamteinnahmen von € 2.628.400,00

Die Gruppe 4 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ -
sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 5 (Gesundheit)

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 673.169.076,58 und
Gesamteinnahmen von € 361.567.843,85

Die Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 27.539.118,40
und Gesamteinnahmen von € 5.616.924,36

Die Gruppe 5 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ -
sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr)

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 116.852.669,42 und
Gesamteinnahmen von € 11.130.933,41

Die Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 13.717.606,41
und Gesamteinnahmen von € 4.314.079,11

Die Gruppe 6 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ -
sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung)

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 71.673.371,64 und
Gesamteinnahmen von € 11.692.152,19

Die Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 2.150.000,00 und keine Gesamteinnahmen

Die Gruppe 7 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 8 (Dienstleistungen)

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 5.188.923,46 und Gesamteinnahmen von € 7.818.647,07

Die Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes enthält keine Gesamtausgaben und keine Gesamteinnahmen

Die Gruppe 8 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 9 (Finanzwirtschaft)

Abg. Dr. Maurer bringt für die SPÖ einen Entschließungsantrag ein, welcher modifiziert einstimmig zum Beschluss erhoben wird:

Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen der gemäß § 40 ALHG vorgeschriebenen Finanzberichte dem Landtag auch die Informationen über die Entwicklung der Ertragsanteile des Bundes sowie eine aktuelle Konjunktüreinschätzung zu übermitteln.

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 513.207.112,33 und Gesamteinnahmen von € 1.533.598.844,67

Die Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes enthält keine Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen von € 42.814.855,14

Die Gruppe 9 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gesamtsummen des ordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen betragen € 2.835.172.324,93

Die Gesamtsummen des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen betragen € 66.863.955,03

Der Gesamthaushalt mit Ausgaben und Einnahmen beträgt € 2.902.036.279,96

Die Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2017 wird mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Antrag des Ausschusses:

Der Finanzüberwachungs- und der Finanzausschuss stellen mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNEN und NEOS gegen die der SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Dem Rechnungsabschluss des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2017 wird gemäß Artikel 45 des Salzburger Landes-Verfassungsgesetzes 1999-L-VG die Genehmigung erteilt. Nach erfolgter Beschlussfassung im Landtag ist der Rechnungsabschluss im Internet öffentlich zugänglich zu machen.

Salzburg, am 26. September 2018

Der Vorsitzende:
Mag. Mayer eh.

Der Berichterstatter:
Mag. Scharfetter eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Oktober 2018:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, GRÜNE und NEOS gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.